

## @lptraum - Corona-Impfungen, 524 Todesfälle, ca. 5000 „schwere Verdachtsfälle“

In seinem neuen „Sicherheitsbericht“ meldet das Paul-Ehrlich-Institut (PEI) über 49.961 gemeldete Verdachtsfälle von Nebenwirkungen oder Impfkomplicationen im zeitlichen Zusammenhang mit der Corona-Impfung aus Deutschland.

Nur 41 Prozent davon waren schon abgeklungen, als die Meldung erfolgte. **Insgesamt wurden 524 Todesfälle in zeitlichem Zusammenhang mit der Impfung gemeldet.**

In dem Bericht (10.05.21 auch bei [Reit-schuster.de](#)) heißt es: „In 4.916 Verdachtsfällen wurden schwerwiegende unerwünschte Reaktionen gemeldet.

**Als schwerwiegende Reaktionen gelten solche, bei denen die Personen im Krankenhaus behandelt werden oder Reaktionen, die als medizinisch bedeutsam eingeordnet wurden.** 2.386 dieser Verdachtsfälle traten nach Impfung mit Comirnaty [Biontech/Pfizer – d. Red.], 175 schwerwiegende Verdachtsfälle nach Impfung mit dem COVID-19-Impfstoff Moderna und 2.132 schwerwiegende Verdachtsfälle traten nach Impfung mit Vaxzevria [Astrazeneca – d. Red.] auf.“ **Bei 223 Personen kam es zu einem anaphylaktischen Schock, bei 61 zu einem Herzinfarkt, bei zwölf zu einer Gehirnentzündung, bei 99 zu Gesichtslähmungen und bei 16 zu Herzmuskelerkrankungen.**

Das Institut spricht selbst in dem Bericht von einer „Dunkelzifferrate“: Es ist also davon auszugehen, dass die Zahl der tatsächlichen Nebenwirkungen höher ist. Interessant ist, wie die großen Medien mit dem Thema umgehen: Es wird allenfalls beiläufig erwähnt. Suchanfragen bei Google-News mit einschlägigen Suchwörtern ergeben keine einzige Überschrift bei einem großen Medium, welches die Zahlen thematisieren würde. Das wirft die Frage auf, inwieweit die Medien hier ihrer Wächterfunktion

Table 3: Altersverteilung der gemeldeten Todesfälle nach Impfung mit den verschiedenen COVID-19-Impfstoffen

	Comirnaty	COVID-19-Impfstoff Moderna	Vaxzevria	Impfstoff nicht spezifiziert
20 bis 39 Jahre	2	0	10	
40 bis 59 Jahre	19	4	16	
60 bis 79 Jahre	68	3	14	5
80+ Jahre	297	3	6	34
Unbekannt	19	0	2	10

nachkommen – oder beunruhigende Nachrichten aus „Staatsräson“ bzw. Rücksicht auf die Regierung verschweigen. Zu Todesfällen heißt es in dem Papier: „Dem Paul-Ehrlich-Institut wurden 524 Todesfälle (0,0018 % der geimpften Personen) in unterschiedlichem zeitlichen Abstand zur Impfung bei Personen im Alter von 24 bis 102 Jahren gemeldet. Der Median des Alters betrug 84 Jahre, das mittlere Alter 82 Jahre. 405 Todesfälle betrafen Personen, die mit Comirnaty geimpft worden waren. Bei 61 gemeldeten Todesfällen war nicht angegeben, mit welchem COVID-19-Impfstoff geimpft worden war.“

### Statistik des Paul-Ehrlich-Instituts

Obwohl in der landläufigen Meinung vor allem gegenüber dem Wirkstoff von Astrazeneca Bedenken vorherrschen, fällt hier auf, dass mit Abstand die meisten Todesfälle nach Impfungen mit dem Wirkstoff von Biontech/Pfizer zu beklagen waren: 405 und damit 77 Prozent aller Todesfälle. Das PEI betont regelmäßig, dass kein kausaler Zusammenhang zwischen den Impfungen und den Todesfällen nachgewiesen wurde. Kritiker monieren, dass dies anders gehandhabt werde von der Regierung bzw. ihren Behörden – in diesem Fall vom Robert-Koch-Institut – bei Todesfällen von Menschen, die positiv auf SARS-CoV-2 getestet sind.

**Dies ist insbesondere deshalb brisant, weil ab dem Sommer der Biontech/Pfizer-Impfstoff auch an Kinder ab 12 Jahren verimpft werden soll.** Diese leiden aber nur in ganz seltenen

Ausnahmefällen an schweren Folgen einer SARS-CoV-2-Infektion. Kritiker warnen deshalb vor einem Nutzen-Risiko-Verhältnis, das gegen eine Impfung von Kindern spricht. Laut Statista sind seit Beginn der Corona-Krise im März 2021 sechs Kinder und Jugendliche im Alter von 10 bis 19 Jahren an oder mit Corona gestorben (Stand 4. Mai).

**Mit einer Rate von 0,0018 % der geimpften Menschen, die in unterschiedlichem zeitlichen Abstand zur Impfung gestorben sind, liegt die Corona-Impfung damit bisher rund zehn Mal höher als die „konventionellen“ Impfungen in der „Vor-Corona-Zeit“.** Diese sollen typischerweise im Bereich von 0,1 bis 0,2 Toten pro 1 Million Geimpfter liegen, umgerechnet zwischen 0,0001 bis 0,0002 Promille.

Bis zum 30.04.2021 wurden dem Paul-Ehrlich-Institut 67 Fälle einer Thrombose mit Thrombozytopenie (TTS) berichtet, die nach Impfung mit Vaxzevria (Astrazeneca) auftraten. **Vierzehn Patientinnen und Patienten verstarben, das sind 21 Prozent der Betroffenen.**

Umgerechnet auf eine Million verabreichter Dosen bedeuten diese Zahlen, dass nach einer Million Astrazeneca-Impfungen 4.585 „unerwünschte Reaktionen“ erfolgten, davon 387 schwerwiegende, und neun Todesfälle. Auf jede Million gespritzter Biontech/Pfizer-Dosen kommen laut PEI insgesamt 955 Nebenwirkungen, davon 112 schwere und 21 Todesfälle. Bei Moderna kommen 1.862 „unerwünschte Reaktionen“ auf eine Millionen verabreichter Dosen, davon 110 schwere und sieben Todesfälle. Eine Million Impfdosen steht dabei für rund eine halbe Million Menschen, weil bis auf den Wirkstoff von Johnson und Johnson eine doppelte Dosis verabreicht wird.

Besonders betroffen von den schweren Nebenwirkungen sind Frauen, ihr Anteil liegt bei drei Vierteln. HaDe

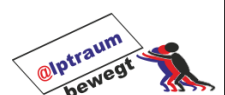
@lptraum - seit 2005 die kostenlose Zeitung für Menschen ohne Lobby



[redaktion@alptraum.org](mailto:redaktion@alptraum.org)



[www.alptraum.org](http://www.alptraum.org)



## @lptraum - Qual der Wahl ? - Etwas Besseres als den Tod finden wir allemal

Wenn ich mir die im Bundestag vertretenen Parteien anschau, deren Abgeordneten ich in den Jahren meiner politischen Mündigkeit meine Stimme spendete, so erkenne ich keine Partei, die mich noch nicht enttäuscht hat. CDU/CSU und FDP kamen gar nicht erst in Frage, denn mir war und ist es immer klar gewesen, dass diese Parteien immer schon vom Geld = Kapital gestützt wurden und werden, sie auch stets eine Politik durchsetzen, die nur Reiche bevorteiligt, nur vorgibt, auch Interessen der arbeitenden Bevölkerung zu vertreten und arme Menschen ganz und gar vernachlässigt.

Die so genannten Roten unterschiedlicher Couleur haben, um auch mit am Tisch der Macht sitzen zu können, sich bis zur Unkenntlichkeit verbogen, sind als Vertreter der Interessen „der kleinen Leute“ überhaupt nicht mehr sichtbar. Es gilt schon lange: „Wer hat uns verraten?“ - „Sozial-Demokraten!“. „Und wer war dabei?“ - „Die Grüne Partei!“ Aus den ehemaligen Friedensparteien sind diese zu Kriegstreibern gewandelt, haben den Jugoslawienkrieg mit angezettelt.

Am lautesten tönen derzeit wieder einmal die Grünen mit Beschuldigungen und Verleumdungen gegen Rußland, dem europäischen Nachbarn. Deutschland hat schon zweimal An-



griffskriege gestartet. Das scheint diesen Atlantikern völlig egal zu sein.

Neu „dieBasis“ die als basisdemokratische Partei es sich zur Aufgabe macht, jedem Bürger in diesem Land die Möglichkeit zu geben, sich aktiv zu politischen Fragen einzubringen. Dazu werden gänzlich neue Strukturen der politischen Willensbildung aufgebaut.

**Von zentraler Bedeutung ist es dabei, überhaupt in den Bundestag einzuziehen.** Die gesamte Bewegung ist darauf ausgerichtet, dass wir Menschen zusammenführen. Im Laufe der vergangenen Monate ist dieBasis zu einer Partei mit fast 16.000 Mitgliedern und 16 Landesverbänden sowie sehr vielen Kreisverbänden und einer starken Infrastruktur angewachsen. Das herkömmliche Links-Rechts-Spiel machen wir nicht mit, sondern wir suchen Lösungen anhand einer sachlichen Analyse. Jeder soll gehört werden und

jeder darf Vorschläge einbringen. Um unsere Chancen für einen Einzug in den Bundestag weiter zu erhöhen, laden wir alle politischen Parteien und Bewegungen ein, die sich in dieser Hinsicht ideell mit uns verbunden fühlen, sich uns anzuschließen und möglichst von einer eigenen Kandidatur abzusehen. Es ist nicht sinnvoll, wenn eine Vielzahl von Parteien antritt, die ein gemeinsames Ziel eint, nämlich einen Politikwechsel im Bundestag zu bewirken. Wir würden uns sehr freuen, wenn wir uns verbinden und unsere Kräfte bündeln könnten. Die Zeit bis zur Bundestagswahl ist mit weniger als sechs Monaten zu kurz, um Parteien zu verbinden oder sogar Neugründungen auf den Weg zu bringen. Lasst uns die starke Basis gemeinsam nutzen, um unser Land zu verändern. Bis Ende Mai sind noch nicht alle Landeslisten für die Bundestagswahl beschlossen. Niedersachsen, Brandenburg, Bremen, Saarland, Hamburg und Schleswig-Holstein hatten bereits Aufstellungsveranstaltungen.

Wir haben in unseren Reihen Platz für alle Bürger, denen ein grundlegender Politikwechsel wichtig ist. Lasst im Interesse des gemeinsamen Ziels der Wirklichkeit ins Auge sehen und unsere Kräfte in der Basis bündeln verantwortlich: **HaDe + Text dieBasis**

## @lptraum - 18.654 Euro Gerichtskosten wegen einer Masken-Beschwerde

Wie soll man da noch Vertrauen in die Justiz haben ?

**18.654 Euro Gerichtskosten soll eine alleinerziehende Mutter aus Leipzig zahlen, weil sie es beim zuständigen Familiengericht gewagt hatte anzuregen, dass ihre Kinder in der Schule keine Masken tragen müssen. So etwas unmenschliches und überzogenes darf scheinbar ein promovierter, deutscher Richter ?**

**Mit dieser gegenüber einer um das Kindeswohl besorgten alleinstehenden Mutter schreckte dieser „Vertreter des Rechts(un)wesens“ unverhältnismäßig ab, setzte den Streitwert des Verfahrens (in 1. Instanz) so hoch an, dass dabei 18.654 € Gerichtskosten anfallen.** Dieser Betrag wurde unverzüglich, per Bescheid noch am Folgetag eingefordert.

**Es erinnert an Gerichtsbeschlüsse, die man seit den unsäglichen Ur-**



**teilen von Volksgerichtshöfen nicht mehr sehen möchte.**

Überdies zeigte dieser Richter die um das Kindeswohl besorgte Mutter auch noch beim Familiengericht an.

**Was ist denn das für eine Methode, die Eltern zu kriminalisieren ?**

Ihnen zu drohen, dass ihnen die Kinder amtlich entzogen werden ?

**Nur weil sie aus gesundheitlichen Gründen die Maskenpflicht ihrer Kinder verhindern wollte ?**

Zum Glück haben sich unzählige Menschen solidarisch gezeigt, Spen-

dengelder gesammelt, so dass bisher zumindest ein großer Teil dieser unverschämten Summe zusammen kam.

Selbstverständlich kümmern sich namhafte Anwälte um diese unappetitliche Sache, Einsprüche und Gegenklage sind eingereicht.

**Bestrafe einen, schrecke damit alle anderen ab.**

Es ist erstaunlich, wie flink die Zahlungs-Vollstreckung vonstatten gehen sollte, da normalerweise „die Mühlen der Gerechtigkeit“ doch langsam sind. Der Richter hat der alleinerziehenden Mutter nun noch ein entwürdigendes Verfahren wegen Kindeswohlgefährdung angehängen.

Wer sich im Familienrecht auskennt, der weiß, was das bedeutet:

Der Richter hat für die Kinder der Mutter einen sogenannten Verfahrensbeistand bestellt und ihr das Jugendamt auf den Hals gehetzt. **HaDe**

\*\*\* Wer hilft in Hannover Menschen in prekären Lebenslagen \*\*\*



Kummer? Dann diese Nummer!

**0163-6390357**

StiDU-Stimme der UngeHÖRTen

[info@stidu.de](mailto:info@stidu.de)

Hannöversche AIDS-Hilfe e.V., Lange Laube 14	Termin vereinbaren, 360 696-0
ASG, Walter-Ballhause-Str. 4	Termin vereinbaren, 44 24 21
KDA Diakonie-Beratung, Archivstr. 3	Termin vereinbaren, 1241-445
IG Metall, Postkamp 12	Termin vereinbaren, 124 02-45
ver.di, Goseriende 10	Termin vereinbaren, 124 00-0
SoVD, Herschelstr. 31	Termin vereinbaren, 701 48-21
Sozialverband VdK, Am Schiffgraben 40	Termin vereinbaren, 131 72 20
pro familia, Goseriende 10	Termin vereinbaren, 36 36 06
[ka:punkt], Gruppenstraße 8	Termin vereinbaren, 270 739-0

**Obdachlosenhilfe: Ausgabe von Essen & Spenden Mo. Di.+Do. am Raschplatz**

Zentrale Beratungsstelle ZBS  
Berliner Allee 8  
30175 Hannover (Zentrum)  
Tel.: 0511 / 990 40-0

Kontaktladen Mecki  
Raschplatz 8 c-d  
30161 Hannover (Zentrum)  
Mo - Do 8.00 - 11.00 Uhr  
Fr. 8.00 - 12.00 Uhr  
Sa 8.00 - 10.00 Uhr  
Tel.: 0511 / 348 02 64

Tagestreffpunkt Dük  
»Dach über'm Kopf«  
Berliner Allee 8  
30175 Hannover  
Mo-Fr. 9.30-14.30  
Mi.- 14.00 Uhr - Sa./So. geschlossen  
Tel.: 0511 / 363 25 38

Tagestreff Nordbahnhof  
Schulenburg Landstr. 34  
30165 Hannover (Hainholz)  
Mo-Do 12.30-17.30 - Sa./So. geschlossen  
Tel.: 0511 / 920 56 60

Männerwohnheim Büttnerstraße  
darin: Werkheim - Kaffeestube  
Mo. - So.: 6:00 - 14:00 Uhr  
Büttnerstr. 9  
30165 Hannover (Vahrenwald)  
Tel.: 0511 / 358 56-0

Unterkunft Wörthstraße  
Wörthstr. 10  
30161 Hannover (Oststadt)  
Tel.: 0511 / 388 48 93

Treffpunkt Kötnerholzweg  
Kötnerholzweg 9  
30451 Hannover (Linden)  
Mo. - Fr.: 9:00 - 14:00 Uhr  
Beratung nach Vereinbarung  
Tel.: 0511 / 211 06 34

Männerwohnheim  
Schulenburg Landstraße 335  
30419 Hannover (Schulenburg)  
Tel.: 0511 / 978 17 90

Neues Land - Auffanghaus für Männer  
Steintorfeldstr. 11  
30161 Hannover (Oststadt)  
Tel.: 0511 / 31 97 15

Frauenunterkunft  
Gartenstr. 20  
30161 Hannover (Oststadt)  
Tel.: 0511 / 34021-0

Szenia  
Tagestreff und Beratung für Frauen  
Volgersweg 6  
30175 Hannover  
Mo.bis Fr.: 9:00 - 14:00 Uhr  
Tel.: 0511 / 760 01 00

Neues Land  
Auffanghaus für Frauen  
Lange-Hop-Str. 44  
30559 Hannover (Bemerode)  
Tel.: 0511 / 51 463

Paul-Oehlkers-Haus  
Plantagenstr. 17  
30455 Hannover (Badenstedt)  
Tel.: 0511 / 260 92 43

Krankenwohnung Die Kurve  
Diakonie  
Helmstedter Str. 1  
30519 Hannover (Kirchrode)  
Tel.: 0511 / 838 73 20

Karl-Lemmermann-Haus  
Am Wacholder 9  
30459 Hannover (Oberrieklingen)  
Tel.: 0511 / 410 282-0

Lindener Tisch e.V.  
Dienstag, Mittwoch, Freitag, jeweils  
12.30 - 14.30 Uhr Mittagessen für 1,50 €  
Lebensmittel- (Tiernahrungs-) Ausgabe:  
Mo. + Do. - jeweils ab 14.30 Uhr, je 2,- €  
(Wartezeiten möglich, Vorrang für bestimmte  
Personengruppen z.B. mit B-Ausweis)  
Ausgabetage: Mittagessen 13.00-14.00  
Dunkelberggang 7 - nahe Schwarzer Bär

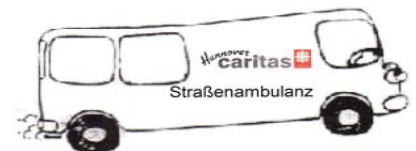
Neues Land - SOS Bistro  
Steintorfeldstr. 4a  
30161 Hannover (Zentrum)  
Di.-Fr.: 15:00 - 20:00 Uhr,  
Sa. und So.: 17:00 - 20:00 Uhr  
Tel.: 0511 / 388 45 04

St. Clemens Samstagsfrühstück  
des Caritas-Verband Hannover  
Leibnizufer 13-15  
30169 Hannover (Zentrum)  
Tel.: 0511 / 12 600-0

Caritas  
Tagestreffpunkt für Wohnungslose  
Leibnizufer 13-15  
30169 Hannover (Zentrum)  
Tel.: 0511 / 126 00-0  
[sfw@caritas-hannover.de](mailto:sfw@caritas-hannover.de)  
Mo., Do., Fr.: 8.30 - 13.00 Uhr  
Di.: 13.00 - 16.00 Uhr - Mi. 8.30 - 17.00 Uhr

Obdachlosenfrühstück der Caritas  
jeden Samstag 8.30- 10.30 Uhr  
Propstei St. Clemens,  
Leibnizufer 13-15, 30169 Hannover

Der ärztliche Dienst für Wohnungslose



steht zum Glück wieder bereit,  
angegebene Orte/Zeiten ohne Gewähr  
alle nachfolgenden Angaben ohne Gewähr

Mon:	<b>Schulenburg Landstraße</b> *) 11.00-12.30 Uhr Caritasverband Hannover e.V. 10:00-11.30 Uhr (ohne Mobil)
Die:	Treff „Nordbahnhof“ 14.00-15.00 Uhr (ohne Mobil)
Mit:	Tagestreff Kötnerholzweg 10.00-11.30 Uhr <b>Frauenunterkunft Vinnhorster Weg</b> *) <b>ab 12.00 Uhr (ohne Mobil)</b> Caritasverband Hannover e.V. 14:00-15.30 Uhr (ohne Mobil)
Don:	<b>K &amp; S Unterkunft in Laatzen</b> <b>11.00-12.00 Uhr (ohne Mobil)</b> <b>Unterkunft Wörthstraße</b> *) <b>13.00-14.00 Uhr (ohne Mobil)</b>
Sam:	Caritasverband Hannover e.V. 09:30-11.00 Uhr (ohne Mobil)
Son:	Treff „Nordbahnhof“ 11.00-12.30 Uhr (ohne Mobil) *) <b>Für Bewohner der Unterkünfte</b>



**@lptraum - Rechtlich korrekt: OLG Karlsruhe stärkt Weimarer Familienrichter !**

Ein Beitrag von Vera Lengsfeld

**Unser Rechtsstaat ist noch nicht ganz tot ?**

**Wieder wurde ein Urteil gefällt, das die Politik entlarvt. Unlängst wurde dem Weimarer Familienrichter Christian Dettmar aufgrund seines Urteils zur Masken- und Testpflicht an zwei Schulen in Thüringen Rechtsbeugung vorgeworfen.**

**Der Vorwurf kam von der Landesregierung, speziell vom Kultusministerium Thüringen.**

Dettmar hätte den Pfad der Legalität verlassen. Dann wurde die Staatsanwaltschaft aktiv und nahm die Ermittlungen auf, gepaart mit Haussuchungen und Handybeschlagnahme.

**Diese Maßnahmen sollten offenbar unabhängige Richter abschrecken, unliebsame Urteile zu fällen.**

Nun erhielt Dettmar Rückendeckung vom Oberlandesgericht Karlsruhe.

In dem Beschluss zeigt das OLG Karlsruhe auf, dass das Familiengericht gemäß § 1666 BGB verpflichtet ist, nach pflichtgemäßem Ermessen Vorentscheidungen einzuleiten. Ein Familiengericht könne die Prüfung, ob eine Kindeswohlgefährdung vorliege, nicht einfach auf das Verwaltungsgericht verlagern. Das OLG Karlsruhe hatte diesen Beschluss gefasst, weil eine Mutter aus Pforzheim gegen die



schulischen Corona-Maßnahmen geklagt hatte. Sie sah, wie die Weimarer Eltern, das körperliche, seelische und geistige Wohl ihrer Kinder gefährdet. Das Pforzheimer Familiengericht wollte den Fall nicht untersuchen und verwies an das Verwaltungsgericht.

**Das OLG Karlsruhe hob den Beschluss des Pforzheimer Familiengerichts auf: Das Familiengericht sei das für die Beurteilung einer möglichen Kindeswohlgefährdung zuständige Gericht, es könne die ihm per Gesetz zugewiesene Aufgabe nicht einfach auf das Verwaltungsgericht übertragen.**

Der Beschluss zeigt, dass die Rechtsauffassung des Weimarer Familienrichters rechtlich korrekt ist. Nicht korrekt ist dagegen die Einlassung des Kultusministeriums, man könnte es auch versuchte Rechtsbeugung nennen. **Auch die Staatsanwaltschaft muss sich die Frage gefallen**

lassen, ob ihre Aktion gegen den Weimarer Familienrichter nicht aufgrund eines wirklichen Verdachts, sondern auf politische Intervention hin erfolgte. Die weiter gehende Frage ist, ob die Staatsanwaltschaft überhaupt politischen Weisungen unterliegen sollte, oder besser unabhängig sein sollte.

**Der Richter, der durch alle Medien gehetzt wurde mit dem Vorwurf, sich mit „Querdenken“ gemein zu machen und Rechtsbeugung begangen zu haben, wurde mit dem Beschluss des Oberlandesgerichts Karlsruhe rehabilitiert.**

Jetzt muss auch das Kultusministerium handeln. Eine öffentliche Entschuldigung, ist das Wenigste, was erfolgen muss. **Eigentlich wäre ein Rücktritt des Kultusministers die einzig angemessene Reaktion. Aber dafür müsste Kultusminister Holter eine so korrekte Amtsauffassung haben, wie der von ihm verunglimpft Christian Dettmar.**

Der ist nur seiner richterlichen Pflicht, den Sachverhalt sorgfältig zu untersuchen und aufgrund von unabhängigen Fachgutachten Recht zu sprechen, tadellos nachgekommen.

Artikel von <https://Vera-Lengsfeld.de> übernommen.

**Wer sich täglich testet  
um zu schauen ob er krank ist,  
könnte ebenso auch wöchentlich auf dem Friedhof  
nachschaun ob er schon gestorben ist.**

@lptraum



MITGLIED IM

**DPV** Deutscher  
Presse  
Verband

@lptraum



Impressum :

Impressum :

“ALP-Traum” ist seit 2005 ein kostenloses Arbeitslosen-Zeitungsprojekt, Plattform [Hannover-gegen-Sozialabbau.de](https://Hannover-gegen-Sozialabbau.de)

+++ Die Redaktion ist Mitglied im DPV - Deutscher Presse Verband e.V. für Journalisten, Hamburg +++  
Beiträge: Erwin Stefaniuk (ErSt), Tel. 45 66 13, Heinz-Dieter Grube (HaDe), Tel. 34 21 21, mobil 0176 50 230 515

@lptraum-Redaktion (Alp) - Gastbeiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

Druck im Selbstverlag, verantwortlicher Redakteur: Heinz-Dieter Grube, **Stärkestr. 16, 30451 Hannover**

[www.alptraum.org](https://www.alptraum.org), Tel. 0511 / 34 21 21, Fax 0511 / 34 23 23, E-Junil: [redaktion@alptraum.org](mailto:redaktion@alptraum.org)

@lptraum erscheint monatlich, Druck-Auflage: 400 - 2500, ist frei von gewerblichen Anzeigen und Werbung

**Spendenkonto: H.- D. Grube, IBAN: DE58201100222494378184 Postbank Hamburg**

Hinweis: Bei diesem Konto handelt es sich um ein der Redaktion Alptraum zur Verfügung gestelltes Sparbuch.

Wir erhalten bei Zahlungseingang keine Information, wer überwiesen hat.

Spendenquittungen sind leider nicht möglich. Bei Spendeneinzahlung, z.B. für Porto,

Zusendung von Papierausgaben Alptraum, bitte uns per E-Junil einen Hinweis geben. Danke.

**@lptraum-Demokratieverlust - Wer informiert ist, sich nicht wehrt, lebt verkehrt !**

**@lptrraum - Hannover-Krimi im Juni: „Fürchte dich vor morgen“**

Völxen meets Prepper - und muss sich mit Waldschraten und Anhängern von Verschwörungstheorien herumschlagen. Der zehnte Fall für Hauptkommissar Völxen, sein Team und seine Schafe. Eigentlich wollte Völxen nur mit seinem Nachbarn, dem Hühnerbaron, Pilze sammeln. Doch Terrier Oscar findet stattdessen auf einer Lichtung im Deister die Leiche einer jungen Frau, aus ihrer Brust ragt ein Speer...

Wie sich herausstellt, ist die Tote die Tochter des Anführers einer örtlichen Prepper-Gruppe. Hergeleitet vom Englischen „to be prepared“ bereiten sich die Mitglieder mit Maßnahmen aller Art auf einen vermeintlich bevorstehenden Weltuntergang vor. Als Hauptkommissar Bodo Völxen und sein Team [Oda Kristensen, Erwin Raukel, Elena Rifkin, Fernando Rodriguez, Jule Wedekin] zu ermitteln beginnen, stoßen sie in der eingeschworenen Gemeinschaft auf eine Wand aus Schweigen. Doch schnell wird klar, dass es unter den Preppern nicht immer nur harmonisch zugeht.



Offenbar spielte die Tote mit dem Gedanken, auszusteigen. Gab es Streit mit den Kameraden? Mit dem despotischen Vater? Oder begleicht jemand eine alte Rechnung?

„Dass sich die Autorin gut mit Stadt und Leuten auskennt, merkt man ihrem Buch an. Es bietet neben viel Lokalkolorit sehr solide Krimikost. Es ist spannend, zuweilen leicht ironisch geschrieben, aber auch Aktuelles wie der Beginn der Corona-Krise wird aufgegriffen.“ [HAZ] -

@lptrraum hat mittlerweile in über 190 Ausgaben bereits einige Hannover-Krimis von Susanne Mischke als Lesetipp vorgestellt. [www.alptrraum.org](http://www.alptrraum.org) Susanne Mischke wurde 1960 in Kempten geboren, lebte lange Zeit in und um Hannover und nun in Wertach im Oberallgäu. Sie war mehrere Jahre Präsidentin der „Sisters in Crime“ und erscrieb sich mit ihren fesselnden Kriminalromanen eine große Fangemeinde. Für das Buch „Wer nicht hören will, muss fühlen“ erhielt sie die „Agathe“, den Frauen-Krimi-Preis der Stadt Wiesbaden. [www.susannemischke.de](http://www.susannemischke.de) Susanne Mischke: **Fürchte dich vor morgen - Hannover-Krimi-Reihe/Band 10**, PIPER Verlag 01/2021, ISBN: 978-3492062091, 304 Seiten, 15 €uro [www.piper.de](http://www.piper.de) (Erst)

**@lptrraum - Corona-Urteil im Juni: Zehn FFP2-Masken reichen bei ALG II**

**Vielerorts ist das Tragen spezieller Masken in der Pandemie vorgeschrieben.**

Nachdem das Sozialgericht Karlsruhe einem Arbeitssuchenden 20 FFP2-Masken pro Woche zusprach, wollte eine Familie ihren umfassenden Anspruch auf eine Versorgung mit FFP2-Masken durch das Jobcenter sicherstellen und stellte mehrere Eilanträge. Im Fall des Arbeitssuchenden hatte das Gericht dessen Anspruch damit begründet, dass der Mann ohne Mund-Nasen-Bedeckungen des Standards einer FFP2-Maske in seinem Grun-

drecht, am Leben in der Gemeinschaft teilzuhaben, in unverhältnismäßiger Weise beschränkt sei.

Die Eilverfahren der ALG II-Familie wurden jedoch vor mehreren Kammern abgelehnt.

Begründung hier: Die fehlende rechtliche Verpflichtung in Baden-Württemberg, ausschließlich FFP2-Masken zu tragen.

Zudem gebe es nach der Coronavirus-Schutzmaskenverordnung bereits einen Anspruch auf zehn kostenlose FFP2-Masken.

Auch die Anträge der Schulkinder der

Familie, die zum Zeitpunkt der Entscheidung den Wechselunterricht besuchten, blieben vor weiteren Kammern ohne Erfolg.

In Dresden hatte das Sozialgericht übrigens auch den Antrag eines Empfängers von Arbeitslosengeld II auf kostenlose FFP2-Masken abgelehnt.

Die Begründung:

Er habe bereits einen Anspruch auf zehn kostenlose FFP2-Masken aus der Apotheke.

Das sei ausreichend.

[Quelle: [ver.di](http://ver.di) news 5/2021]

[kurzelinks.de/1gbz](http://kurzelinks.de/1gbz)

(Erst)

**Sozialer Stadtrundgang: Asphalt zeigt das andere Hannover**

**.... ist aber wegen der Corona-Massnahmen derzeit ausgesetzt**

**Asphalt**-Verkäuferinnen und -Verkäufer führen Sie zu Orten, an denen Wohnungslose keine Randgruppe sind.

Erleben Sie die Straße neu und lernen Sie spezielle Anlaufstellen kennen:

Wo sind die Schlafplätze von obdachlosen Menschen ?

Wo duschen oder essen sie ?

Wo gibt es Konflikte ?



# Asphalt

Ein außergewöhnlicher Stadtrundgang - von ExpertInnen der Straße geführt !

**Asphalt-Stadtrundgang Juni:**

**Freitag, 25. Juni 2021,** (ohne Gewähr)

**15.00 Uhr Treffpunkt: Hallerstr. 3,**

**30161 Hannover**

Bitte telef. anmelden: **0511-301269-0**

Teilnahme auf Spendenbasis:

ab 5 € pro Person.

Gruppen (Studierende, Schulklassen, Vereine etc.) vereinbaren bitte gesonderte Termine !

(Alp)

(Quelle: **Asphalt**-Magazin)

Infos: [www.asphalt-magazin.de](http://www.asphalt-magazin.de)



**@lptraum - Verhindern Corona-Impfungen, dass man andere ansteckt ? - NEIN !**

Dass Impfungen bei Geimpften verhindern sollten, dass sie an Covid-19 erkranken, wäre eigentlich Voraussetzung für deren Zulassung. Derzeit bekannte Wirksamkeit: zwischen 70 (Astra Zeneca) und 95 Prozent (BioNTech/Pfizer, Moderna).

Für das Zurückdrängen der Pandemie ist aber zusätzlich entscheidend, ob die Impfstoffe auch verhindern, dass die Geimpften andere anstecken können (sterile Immunität). Derzeit kann man aber nicht ausschließen, dass Geimpfte das Virus weiter übertragen können.

Daher müssen zunächst auch Geimpfte weiterhin Masken tragen.

Aussagefähige Daten erwarten die Hersteller BioNTech/Pfizer für ihren Wirkstoff bis Ende Januar. Die bisherigen Erkenntnisse dazu seien ermutigend, sagte Özlem Türeci, medizinische Leiterin von BioNTech, in einem Interview mit dem Spiegel.

**Heute, Mitte/Ende Mai ist immer noch von „könnte, hätte, würde“**



die Rede, wobei das letzte genannte würde wohl wenig mit der Würde oder Wohl der Menschen zu tun hat. Die Würde des Menschen hat hinter Corona zurück zu stehen, so die allgemeinen Verlautbarungen von denen, die ihren Eid auf die Verfassung (oder was auch immer) gegeben haben ? Alles hat sich nach einem Doc Drossten zu richten, der laut SWR-Interview selbst davon aus geht, dass die gemessenen Viruskonzentrationen höchstwahrscheinlich gar nicht mehr infektiös sind.

Masken müssten jedoch weiterhin getragen werden laut RKI steht fest: Eine 100-prozentige Wirksamkeit der Corona-Impfung gibt es nicht. Ein Teil der Geimpften kann keinen ausreichenden Schutz aufbauen. Die Wirkung der Impfung auf neue Mutationen ist noch nicht vollständig erforscht.

*Gegenüber allen bisher bekannten Impfungen sind bisher bei Corona-Impfungen mehr schwerwiegende, auch tödliche „Nebenerscheinungen“ aufgetreten, als je zuvor.*

Es gibt Beobachtungen dass Geimpfte bei einer Neuinfektion stärker reagieren und gefährdeter sind als Menschen mit einer „Normal“-Immunisierung.

In Anbetracht der bisher bekannten Schäden und zu einer Nutzen-Abwägung rate ich, wenn schon Impfung, diese dann kontrolliert beim eigenen Hausarzt und das erst nach genauestem Abklären der eigenen Situation.

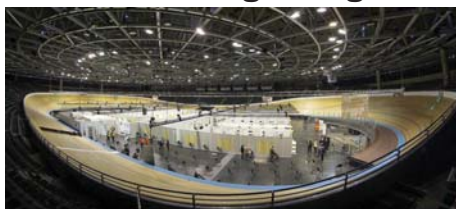
Gewinner ist stets Big-Pharma. HaDe

**@lptraum - Impfzentren - Fette Vergütungen für zustimmende Ärzte**

Viele Ärzte reißen sich um die Dienste in den Impfzentren, weil die „Stimmung so gut ist und man gerne hingehet“ und nebenbei auch noch die Bezahlung stimmt.

Anfangs war auch eine baldige Impfung ein Anreiz für die Ärzte, Impfdienste zu übernehmen.

Jeder Arzt bekommt 120 Euro pro Stunde, kommt er mit einer Arzthelferin, sind es noch 60 Euro pro Stunde



mehr.

120 Euro bezahlen auch Hessen, Hamburg und Brandenburg, Baden-Württemberg und Bayern 130, Rhein-

land-Pfalz 140, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen 150 und Thüringen und Sachsen 175 Euro.

Die Kassenärztlichen Vereinigungen der jeweiligen Länder haben die Organisation übernommen und auch die Stundensätze für die Ärzte vorgeschlagen, weil sie einen angemessenen Ersatz für Praxisschließungen bekommen sollten.

(Bericht einer Ärztin)

Alp

**@lptraum - ein unverbindlicher Überblick über die Corona-Verordnungen:**

**„Ab null Uhr herrscht Maskenpflicht für die Sternzeichen Jungfrau, Waage und Wassermann und für alle Volvo-Fahrer, außer wenn sie grüne Socken tragen. Die Maßnahme gilt nur von 18.00 Uhr bis 21.30 Uhr, vorausgesetzt, Sie fahren einen Audi mit einer 17 im Kennzeichen. Wenn Ihre Hausfarbe gelb ist, dann dürfen Sie nicht aus dem Haus, außer es steht auf der rechten Straßenseite. Die Ausnahme entfällt jedoch, wenn ein Parkplatz davor ist.“**

**16 Jahre @lptraum 2005 - 2021: Kostenlose Hannoversche Zeitung**

Print- & Onlineausgaben (pdf) als Aufklärung gegen Massenverblödung durch die Propaganda der Junistream-Medien.

Mitglied im DPV Deutscher Presse Verband [Verband für Journalisten e.V. Hamburg] [www.dpv.org](http://www.dpv.org)

Aktuelle Informationen & Material: [www.alptraum.org](http://www.alptraum.org) oder: [www.hannover-gegen-sozialabbau.de](http://www.hannover-gegen-sozialabbau.de)

WLAN-Hotspot [alptraum.org](http://alptraum.org) unter: <https://hannover.freifunk.net/karte/#/de/map/b04e26b07bba>

Spenden für Druck- & Papierkosten bitte an: Postbank Hamburg, IBAN: DE58201100222494378184

Druck: Copyshop Hannover Copy excellent, Arndtstr. 6, 30159 Hannover <http://copy-excellent.de/>



**NachDenkSeiten**  
Die kritische Website



**@Iptraum - Demokratie in Gefahr ! - Prantls Blick auf Infektionsschutzgesetz**

Prantls Blick:

Ein infiziertes Gesetz

Die Corona-Bekämpfung hat ein besseres Recht verdient als das neue Infektionsschutzgesetz.

Darf man ein ganzes Land nachts einsperren? [...]

Bedeutsam aber sind die Rechtsfolgen dieser gewählten Rechtskonstruktion: Gegen die Eingriffe unmittelbar durch Gesetz besteht kein klassischer Rechtsschutz.

Man kann gegen die quasi auf Knopfdruck ausgelösten Maßnahmen nicht klagen – jedenfalls nicht vor den Verwaltungsgerichten.

Art. 19 Abs. 4 GG, der den Rechtsweg gegen Rechtsverletzungen durch die öffentliche Gewalt garantiert, wird auf diese Weise quasi ausgehebelt. Es bleibt einzig und allein die Verfassungsbeschwerde in Karlsruhe (und die in letzter Minute ins Gesetz eingefügte, aber wenig aussichtsreiche Möglichkeit



einer Klage auf Feststellung, nicht von der Regelung erfasst zu werden). Der Staats- und Verfassungsrechtler Christoph Möllers von der Berliner Humboldt-Uni bemerkte dazu als Sachverständiger im Gesundheitsausschuss des Bundestages ebenso trocken wie richtig, der Gesetzgeber bringe damit das Bundesverfassungsgericht in eine problematische Situation: "Es ist nun

erste und einzige Instanz und muss die Gesamtverantwortung für die gerichtliche Kontrolle übernehmen. Institutionell kann es dabei nur verlieren." Was der Gesetzgeber dem Verfassungsgericht zumutet – es geht über dessen Kräfte; quasi ultra vires. Und es verschenkt und missachtet die klärende wie befriedende Wirkung, die die klassischen Fachgerichtsverfahren haben.

Regulär klagen kann man nach der neuen Rechtslage erst dann, wenn man gegen die gesetzliche Vorgabe verstößt – wenn man sich also nicht an sie hält und wenn deswegen eine Sanktion, ein Bußgeld oder eine Strafe verhängt wird.

Das Gesetz mutet den Bürgerinnen und Bürger zu, das Gesetz erst zu brechen, um sich dann gegen die Sanktion ordentlich wehren zu können.

Quelle:

Heribert Prantl in der Süddeutschen

**@Iptraum - Solidarität ? - Eine perverse Umkehr des Begriffes als Neusprech ?**

Solidarität?

Was hat es mit Solidarität zu tun, wenn einer ganzen Generation der Kontakt untereinander und auch der Schulbesuch verweigert wird, um die hauptsächlich betroffenen, die über 80-Jährigen zu schützen ?

Und was hat dieser „Schutz“ mit Solidarität zu tun, wenn die Alten in ihren Heimen in Isolationshaft ge-

zwungen sind, dort einsam sterben, ohne dass ein Angehöriger sie trösten und begleiten darf ?

Wo ist die Solidarität mit den Gastonomen, Hoteliers, Einzelhändlern, die kalt mit Schließungen und unsinnigen Vorschriften in den Ruin getrieben werden ?

Wo bleibt die Solidarität mit den Kosmetikerinnen, Fußpflegerinnen,

Kellnerinnen und anderen Angestellten der willkürlich geschlossenen Unternehmen, die nunmehr seit über einem halben Jahr mit Kurzarbeitergeld auskommen müssen, das nur nach ihrem mickrigen Grundgehalt berechnet wird ?

(Trinkgeld, welches seit neuestem bei der Steuer angeben muss, bleibt bei Kurzarbeitergeld unberücksichtigt).

**@Iptraum - Man impft hier wild drauf los und weiß garnicht was man anrichtet!**

Beim „Impfgipfel“ wurde beschlossen, auch Kindern ab 12 Jahren ein „Impfangebot“ zu machen.

Eine Pflicht wurde (natürlich) ausgeschlossen. Was man von solchen Beschwichtigungen inzwischen zu halten hat, zeigen die Zwänge, die eingeführt wurden, um die Impfbereitschaft Erwachsener zu wecken. Die Kinder und ihre Eltern sollten sich also nicht in Sicherheit wiegen – die Beteuerungen der Politik, keinen Zwang entfalten zu wollen, haben bei diesem Thema ihre Glaubwürdigkeit verloren: Denn viele „Verschwörungserzählungen“ sind mittlerweile Realität geworden.

*Dazu Kommentar von Tobias Riegel.*

Hoffnung auf Impfgewissheit

Ja, die Bevölkerung hat die Schnauze voll und sehnt sich nach der Impfung wie nach der Erlösung von einem Albtraum.

Sie hofft, durch Impfgewissheit ihr altes, vergleichsweise unbeschwertes Leben zurückzuerhalten.

Das ist ein Irrtum.

Wir haben innerhalb eines Jahres die radikale politische Kursänderung erlebt: Von dem anfänglichen Versprechen, die Grundrechtseinschränkungen permanent auf ihre Notwendigkeit zu überprüfen und sofort rückgängig zu machen, zum Entzug der Grundrechte als Dauerzustand, der nicht mehr begründet, sondern mit allerlei Vorwänden aufrechterhalten wird.

Wenn die Menschen es wagen, wie zu Pfingsten in Düsseldorf geschehen, die Altstadt mit ihrer Anwesenheit wieder zu beleben, wird von der Stadtverwaltung eine Anordnung erlassen, der den Aufenthalt in der Altstadt beschränkt und an eine Maskenpflicht im Freien bindet. Der wissenschaftliche Konsens der Lungenexperten, dass Aerosole an der frischen Luft nicht infektiös sind, wird von den verbotsbesessenen Politikern hier einfach missachtet. Erschütternde Berichte von medizinischem Personal aus der täglichen Pflege-Praxis sind unter „Pflege- und Krankenhauspersonal für Aufklärung“ nachzulesen

<https://pflegefueraufklaerung.de/>

